Stadt und Land sind aufeinander angewiesen

Der demografische Wandel fordert Stadt wie Land heraus: Während wachsende Regionen gegen knappen Wohnraum, steigende Ausnutzung der Infrastruktur, erhöhten Energieverbrauch und Verkehrsprobleme kämpfen, müssen schrumpfende Kommunen bei abnehmender Bevölkerung und fehlenden kommunalen Einnahmen Probleme bei Infrastruktur, Dienstleistungen, Kosten und Distanzen überwinden.

Während Dörfer im Umland der Großstädte prosperieren, leiden anderswo ganze Regionen massiv unter Landflucht, vor allem im Osten. Prognosen zufolge könnten manche Landkreise etwa in Brandenburg bis 2035 fast ein Drittel der Bevölkerung verlieren. Dort fehlen Arbeitsplätze, Geschäfte, Handwerksbetriebe, Arztpraxen und Banken. Schulen und Gaststätten schließen. Für die verbleibenden Bewohner verschlechtert sich die Lebensqualität, die Wege werden weiter. Weil vor allem gut gebildete und mobile junge Menschen aus der Provinz wegziehen, warnen Experten vor einem Braindrain, der Abwanderung von Talenten.

Und doch sind Stadt und Land aufeinander angewiesen. Zukunftsfähige Städte brauchen attraktive ländliche Räume und ländliche Räume profitieren von gut erreichbaren, prosperierenden Städten. Die Herausforderungen bei dünn besiedelten, peripheren Räumen oder hochverdichteten Metropolen sind sehr unterschiedlich – ebenso unterschiedlich müssen die jeweiligen politischen Antworten sein. Es geht darum, aktuelle Trends sowie Zukunftsfragen zu diskutieren, Antworten zu erarbeiten und innovative Ideen für zukunftsgewandte Kommunen ausfindig und bekannt zu machen.

Stadt und Land sind auf engagierte kommunalpolitische Verantwortungsträger sowie aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Ihr Jörg Rommelfanger
Herausgeber

Land gegen Stadt

Wirtschaftlich gegen die Metropolen ohne Chance gelassen, wächst überall auf der Welt der politische Unmut in den ländlichen Regionen. Rechtspopulisten nutzen dies geschickt.

Foto: Olivier Ortelpa / Wikipedia

Von Klaus Gertoberens

Jahrhundertelang wurde die Stadt als das Zukunftslabor von Gesellschaft und Kultur angesehen, das Land als ihr Freilichtmuseum. Diese Arroganz rächt sich nun.

Die Gelbwesten in Frankreich begannen als Protestbewegung von Bürgern in ländlichen Regionen, die auf das Auto angewiesen sind, gegen eine höhere Spritsteuer. Das Brexit-Referendum im Sommer 2016 war der Protest gegen die Londoner Dominanz. Donald Trump saugte die meisten Stimmen aus dem Rostgürtel der dahinvegetierenden Stahlregion im Mittleren Westen, weit weg von den prosperierenden Städten an den Küsten. Wer verhalf im osteuropäischen Wirtschaftswunderland Polen der nationaltönenden PiS-Partei zum Wahlsieg? Die Bevölkerung außerhalb der großen Städte.

In Deutschland begannen die Pegida-Demonstrationen in Dresden und Ostdeutschland. Auch hier sind der tiefere Grund die schrumpfende Bevölkerung und eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung.

All, überall ist dieser Trend eine indirekte Folge der Globalisierung. In den Großstädten, den Knotenpunkten der Weltwirtschaft, ist die Produktivität viel höher; die Einwohner Londons beispielsweise produzieren pro Kopf fast das Fünffache des britischen Durchschnitts.

Auch bei uns geraten immer mehr ländliche Regionen wirtschaftlich ins Hintertreffen. Dies hat einen verheerenden Effekt zur Folge: Junge, ambitionierte Leute zieht es in die größeren Städte, wo sich ihnen bessere Entfaltungschancen bieten. Auch Investitionen fließen bevorzugt in die Metropolen.

Dagegen wird es immer schwieriger, in dünn besiedelten ländlichen Gebieten überhaupt noch die fundamentale Infrastruktur bereitzustellen: öffentliche Verkehrsmittel, allgemeinbildende Schulen, Gesundheitsversorgung. Zurück bleiben ökonomisch und demografisch ausgedünnte Regionen, die sich, wenn es schlecht läuft, zu einer Parallelwelt entwickeln. Wo sich ein Lebensgefühl ausbreitet, das mit dem Geist der Städte nur noch wenig gemein hat: ärmer, älter, pessimistischer – und entsprechend empfänglich für populistische Politstrategen.

Klaus Gertoberens (*1951) ist Chefredakteur von Flechtwerk. Der diplomierte Betriebswirt und Politologe hat sich nach dreißig Jahren Tagesjournalismus in leitenden Funktionen wieder aufs »Lokale« besonnen. Als gebürtiger Rheinländer hatte er Anfang der 80er-Jahre mitgeholfen, eine Lokalredaktion im Münchner Umland aufzubauen. Diese kommunalen Erfahrungen hatten ihn derart fasziniert, dass er sich in seiner Diplomarbeit mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, wie dem Bürgerwillen in den Gemeinden mit Mitteln der direkten Demokratie stärker Geltung verschafft werden könnte.

Foto: Bundesumweltamt/iStock.com/Hallgerd

Die Städte boomen und die Dörfer leiden

Der demografische Wandel fordert Stadt wie Land heraus: Während wachsende Regionen gegen knappen Wohnraum und Verkehrsprobleme kämpfen, müssen schrumpfende Kommune bei abnehmender Bevölkerung vor allem fehlende kommunale Einnahmen überwinden.

Von Klaus Gertoberens

Anders als lange vorhergesagt, wächst in Deutschland die Bevölkerung. Heute leben zwischen Flensburg und Bodensee rund 83 Millionen Menschen – mehr als jemals zuvor. Hauptgrund dafür ist die Zuwanderung. Sie war in den Jahren 2015 und 2016 ungewöhnlich hoch, hat aber längst wieder abgenommen und dürfte auf mittlerem Niveau anhalten, bei einem durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 260 000 Personen pro Jahr.

Geteiltes Land

Eine neue Bevölkerungsprognose, die das Berlin-Institut hat berechnen lassen, geht unter dieser Annahme davon aus, dass die Einwohnerzahl Deutschlands trotz wachsender Sterbeüberschüsse bis 2035 mehr oder weniger konstant bleiben wird. Von der demografischen Verschnaufpause profitieren aber nicht alle Regionen gleichermaßen. Die Kluft zwischen den prosperierenden Landesteilen und jenen, denen die Menschen ausgehen, wird künftig größer. In allen fü ostdeutschen Flächenländern wird Prognose zufolge bis 2035 die Bevöl rungszahl abnehmen – am stärkste fast 16 Prozent in Sachsen-Anhalt, e Land, das seit der Wende bereits 23 zent seiner Einwohner eingebüßt ha Nicht viel besser sieht es in Thüring und Mecklenburg-Vorpommern aus im Vergleich zu 2017 Verluste von k 14 respektive elf Prozent zu erwarte sind. In Brandenburg und Sachsen d der prozentuale Bevölkerungsrückg

Die Schere zwischen Stadt und Land

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sind die Unterschiede zwischen Ost und West, Stadt und Land enorm. Einige Wissenschaftler fordern deshalb, den ländlichen Raum im Osten nicht weiter zu fördern. Zugunsten der Städte.

Von Hajo Kleinschmidt

Ob Wirtschaftsleistung, Löhne, Zuwanderung oder Bildung: In vielerlei Hinsicht zeichnen die regionalen Muster nach wie vor die einstige Teilung nach. Zu diesem Fazit kommt eine Untersuchung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Einige Befunde sind dabei besonderes eindeutig: Die Wirtschaft im Osten Deutschlands ist weniger produktiv als im Westen. So ist das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Osten zwar von gut 40 Prozent des Westniveaus auf knapp 80 Prozent gestiegen – doch stagniert es dort seit den späten 1990er-Jahren.

Dies wird vor allem auf die fehlenden Zentralen großer Konzerne in den neuen Bundesländern zurückgeführt. Tatsächlich arbeiten in Westdeutschland sehr viel mehr Beschäftigte in Großbetrieben – deren Wertschöpfung mit steigender Größe zunimmt. Doch das IWH zeigt auch: Unabhängig von der Größe der Unternehmen ist der Osten weniger produktiv – und zwar mindestens 20 Prozent.

Das Problem: »Neue Arbeitsplätze sind im Dienstleistungsbereich entstanden«, sagt IWH-Chef Reint Gropp – und davon wurden im Westen der Republik deutlich mehr geschaffen als im Osten. Das erklärt auch, warum die Unterschiede zwischen West und Ost besonders in Städten sichtbar werden. »Solche Arbeitsplätze entstehen eben nicht auf dem Land«, sagt Gropp.

Das hat nach Ansicht des Ökonomen vor allem mit einer fehlgeleiteten Subventionspolitik zu tun: »Wir haben ordentlich Subventionen in den Osten gezahlt«, erklärt er. Doch die seien unverhältnismäßig oft aufs Land geflossen, um dort Arbeitsplätze zu erhalten. Unternehmen hätten deshalb zu viele Mitar-

Foto: Handwerkskammer Hamburg

ABDUL WAKIL MANSOORI (LINKS) UND YOHANA TEKESTE ZEIGEN BEI EINER AKTIONSWOCHE, WAS SIE GELERNT HABEN.

Eigentlich wollte Saad Al Abed Al Latef seinen Master in Energietechnik an der Universität in Aleppo machen und ein ganz normales Leben führen. Doch der Krieg in Syrien durchkreuzte seine Pläne. Er floh aus seinem Land und schlug sich bis März 2015 nach Deutschland durch. Heute ist Al Latef ein Beispiel, wie die Integration von Flüchtlingen gelingen kann. Genau genommen ist er kein Flüchtling mehr: Er ist Steuerzahler und arbeitet bei der Firma FM Technik in Hamburg als Programmierer in der Gebäudeautomation – also in einem wichtigen Bereich der Energiewende.

Al Latef hat viel gebüffelt für seinen Erfolg, besuchte mehrere Sprachkurse und stieß im richtigen Moment über das Projekt »Work And Integration For Refugees« auf das Programm »Umwelthandwerker«.

Projektleiter Haiko Hörnicke erzählt, wie das Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik der Handwerkskammer Hamburg (ZEWU) und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) im Herbst 2015 zusammenkamen, als die meisten Geflüchteten in Deutschland eintrafen. Sie entschieden sich, gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen – und diesen Menschen bei der Integration zu helfen. Ihre logische Beobachtung: Auf der einen Seite gab es qualifizierte Flüchtlinge, auf der anderen Seite einen großen Fachkräftemangel im Handwerk, besonders in der Umwelttechnik. Hörnicke sagt, Flüchtlinge seien keine Bittsteller, sondern Menschen, die Potenzial mitbringen. »Viele derer, die hier angekommen sind, werden im normalen Regelsystem administriert und systematisch dequalifiziert. Das wollten wir verhindern«, sagt Hörnicke.

Er betont aber auch, dass das Projekt aufwändig sei und nur bei bereits gut qualifizierten Flüchtlingen greife. Diese bräuchten eine intensive und individuelle Begleitung, schon um zu vermeiden, dass es zu falschen Hoffnungen komme. »Für jemanden, der nur vier Jahre Schulbildung hat, ist unser Programm nichts«, sagt Hörnicke.

Die Finanzierung hatte zunächst bis Ende 2018 die DBU übernommen. Inzwischen laufen die Umwelthandwerker bis 2022 im Rahmen des Projekts »Mission Zukunft« weiter, das Zugewanderten mit akademischer Vorbildung Beratungen, Qualifizierungen und Schulungen im Bereich Umwelttechnik bietet. Gefördert wird das Projekt nun vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds. RENN.nord, eine von insgesamt vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien, und der Rat für Nachhaltige Entwicklung zeichneten die Umwelthandwerker kürzlich als eines von vier »Transformationsprojekten 2018« aus.

Das Projekt kommt ins Spiel, wenn die Geflüchteten die ersten Hürden in Deutschland bereits genommen haben, also anerkannte Flüchtlinge sind und eine Aufenthaltserlaubnis haben. Ab diesem Zeitpunkt unterstützen sie Behörden bei der Integration. »Viele anfangs noch traumatisierten Flüchtlinge sind nach zwei, drei Jahren an dem Punkt, dass sie die Sprache gut können, eine Wohnung haben und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen«, sagt Hörnicke. Im öffentlichen System der Arbeitsvermittlung fehle es aber an Zeit, Mitteln und Verständnis, die Geflüchteten entsprechend ihrer Qualifikation weiterzubilden.